

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 12.10.2007
Dezernat I	Amt Amt 12	Öffentlichkeitsstatus öffentlich

INFORMATION

I0284/07

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	06.11.2007	nicht öffentlich
Stadtrat	06.12.2007	öffentlich
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	29.11.2007	öffentlich

Thema: Konzept zur Einführung eines demographischen Controllings

Mit dem Beschluss Nr. 1427-48(IV)07 des Stadtrates wurde der Oberbürgermeister beauftragt, ein Konzept vorzulegen, wie eine optimale Vernetzung der städtischen Handlungsstränge im Hinblick auf die Behandlung und Bearbeitung demographischer Probleme auf kommunaler Verwaltungsebene erreicht werden kann. Im Folgenden soll dementsprechend dargestellt werden, in welcher Weise die Berücksichtigung der demographischen Veränderungen in die Entscheidungswege der Verwaltung integriert wird.

Ziel dieser Drucksache ist dabei nicht die Aufzählung der strategischen und operativen Zielstellungen und Maßnahmen der Dezernate als Reaktion auf den demographischen Wandel im Einzelnen, sondern die Erläuterung, wie innerhalb der Verwaltung sichergestellt werden soll, dass Planungen und Entscheidungen "demographiefest" gemacht werden – im Sinne eines Demographischen Controllings also.

1.

Die unter dem Schlagwort "Demographischer Wandel" zusammengefassten Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur Deutschlands (zahlenmäßige Abnahme der deutschen Bevölkerung infolge negativen Geburtensaldos, Anstieg des Durchschnittsalters, Zunahme des Anteils der Personen mit Migrationshintergrund, etc.) werden selbstverständlich auch Auswirkungen auf kommunaler Ebene haben. Zwar werden die einzelnen Städte und Regionen unterschiedlich stark betroffen sein, jedoch wird kein Bereich kommunalen Handelns davon unbeeinflusst bleiben.

Dies ist auch in der Verwaltung der Landeshauptstadt Magdeburg bereits seit längerem ein Diskussionsthema, das nicht nur im Kreis der Verwaltungsspitze, sondern auch in größerem Rahmen und unter Einbeziehung der Stadträte und anderer in der Stadt öffentliche Verantwortung Tragender erörtert wurde.

Wegen seiner universellen Auswirkungen sind die demographischen Veränderungen kein "Spezialthema", das einem einzelnen Fachbereich der Verwaltung gewissermaßen zur Erledigung zugewiesen werden könnte, vielmehr müssen die demographischen Veränderungen im Rahmen der strategischen und operativen Planungen jedes einzelnen Dezernates, Fachbereiches und Amtes berücksichtigt werden. Das ergibt sich nicht zuletzt aus der Verpflichtung der Verwaltung, ihren Planungen stets den aktuellsten Stand des Wissens im entsprechenden Fachgebiet zu Grunde zu legen. Das

setzt auch eine rechtzeitige und für alle Beteiligten nachvollziehbare Veranschaulichung der Auswirkungen der demographischen Prozesse auf die kommunalen Handlungsfelder – also fachbezogene Verwaltungs- und Politikberatung – voraus.

Alles in allem handelt es sich bei der Diskussion möglicher Reaktions- und Gegenstrategien und bei der Vernetzung der städtischen Handlungsstränge zur Reaktion auf die demographischen Veränderungen um eine Führungsaufgabe, die aus der zentralen Bündelung von Zuständigkeiten Nutzen ziehen kann. Durch den Oberbürgermeister wurden deshalb Grundsätze zur Vernetzung der städtischen Handlungsstränge in Zusammenhang mit der Berücksichtigung und Bearbeitung demographischer Probleme im städtischen Verwaltungshandeln aufgestellt.

2.

Diese Festlegungen sind Gegenstand einer für alle Teile der Verwaltung verbindlichen Dienstanweisung (DA 12/02, als Anlage 1 beigefügt), deren Einhaltung bei Beschlussdrucksachen auf dem Wege des Mitzeichnungsverfahrens sichergestellt wird.

Alle Fachplanungen, Vorhaben und Entscheidungen in der Verwaltung der Landeshauptstadt Magdeburg sind bereits in der Vorbereitungsphase auf ihre Zukunftsfähigkeit unter den Bedingungen des demographischen Wandels zu prüfen. Dabei ist der Nachweis der Verträglichkeit von Planungsvorhaben, die von der demographischen Entwicklung der Stadt Magdeburg betroffen werden, mit absehbaren Entwicklungen in der Gesamtstadt und ihren Teilgebieten und im Kontext mit anderen Fachplanungen zu führen. Dafür tragen die Beigeordneten in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen die Verantwortung.

Zur Schaffung einer zentralen Kompetenzstelle für demographische Fragen wurde dem Amt für Statistik (unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben) die koordinierende Federführung für diesen Themenkreis innerhalb der Verwaltung übertragen. Eine Handreichung des Amtes für Statistik soll die für die Erarbeitung von Beschlussdokumenten Verantwortlichen bei der Erkennung demographierelevanter Sachverhalte unterstützen (Anlage 2).

Das Amt ist durch die Fachverwaltungen möglichst frühzeitig zu beteiligen und soll auch die im Stadtratsbeschluss 1428-48(IV)07 als "Demographie-TÜV" bezeichnete Aufgabe wahrnehmen. Darin ist jeweils zu untersuchen, ob die aktuellen demographischen Entwicklungen bei der Erarbeitung von Beschlussvorlagen konsequent berücksichtigt und also die oben genannten Nachweise erbracht worden sind.

Die wesentlichen Trends und Veränderungen der Bevölkerungsstruktur und -entwicklung in der Stadt werden Gegenstand eines Demographieberichtes (vgl. Anlage 3), der jährlich erarbeitet und dem Oberbürgermeister, dem Stadtrat und den Fachverwaltungen zur Verfügung gestellt wird. Er beinhaltet auch die wesentlichen Ergebnisse einer jährlich fortgeschriebenen Bevölkerungsvorausschätzung für den Bereich der Landeshauptstadt und ihre Teilgebiete. Diese Vorausschätzung ist verbindliche Grundlage für Planungen und Vorhaben der Fachverwaltungen.

3.

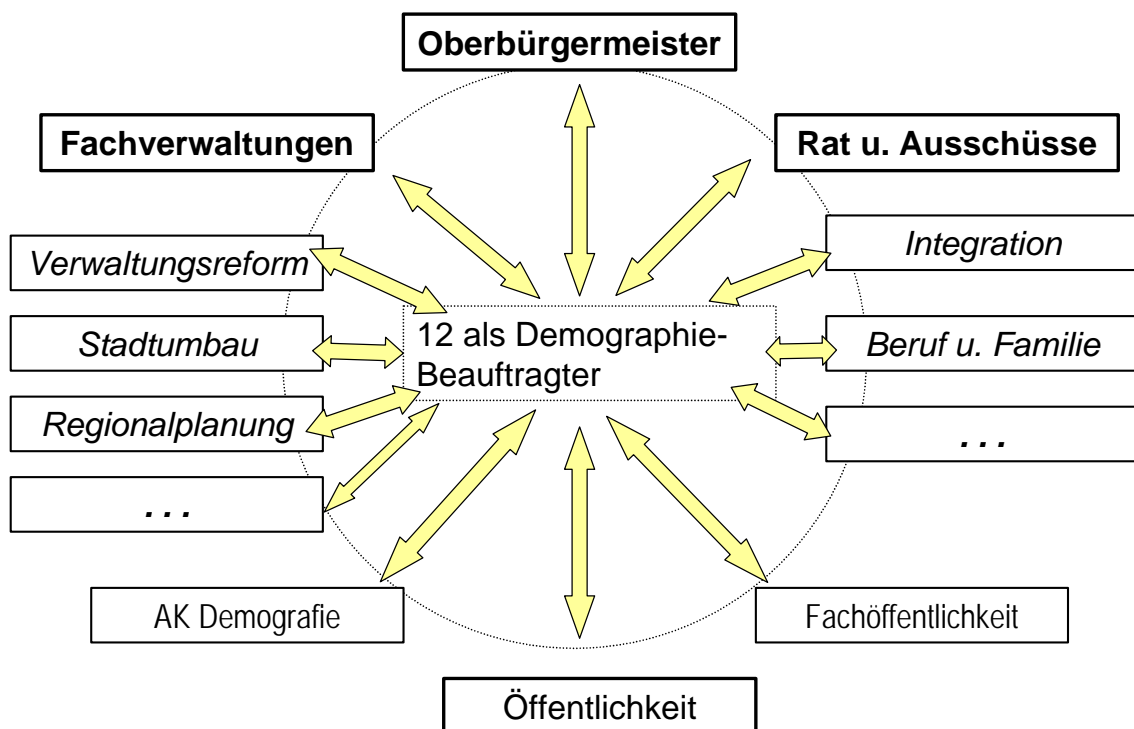
Weitere Vernetzungen außerhalb der klassischen Tätigkeitsfelder der Verwaltung ergeben sich mit Projekten, die sachlich eng mit der Veränderung der

Bevölkerungsstruktur verflochten sind. Zum Beispiel müssen Entscheidungen zur Verwaltungsreform und zur Stellen- und Personalentwicklung die künftige Bevölkerungssituation sowohl auf der Outputseite (= potentielle Adressaten der Leistungen der Verwaltung) als auch inputseitig (= zunehmender Altersdurchschnitt der Belegschaft, künftiges Angebot an Fachkräften und Auszubildenden) berücksichtigen. Hier ist eine enge Zusammenarbeit sowohl formell durch die strukturelle Nähe der zuständigen Fachverwaltungen als auch informell durch regelmäßige Konsultationen der fachlich zuständigen Bearbeiter gegeben. Ziele sind dabei zum einen die Anpassung der Verwaltungsstrukturen und des Personalbesatzes an die veränderte demographische Struktur (Bevölkerungszahl, Altersverteilung), zum anderen eine nachhaltige Personalpolitik bei tendenziell zurückgehender Zahl geeigneter Stellenbewerber. Diesem Ziel dient auch das Projekt "Audit Beruf und Familie". In der Projektgruppe ist das Amt für Statistik von Anfang an vertreten

Vergleichbar ist die Arbeitssituation beim Thema der regionalen Zusammenarbeit. Dieses Thema wird zwar in verschiedenen Bereichen der Verwaltung behandelt, überall ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich die demographischen Veränderungen auf die Region als Ganzes, unabhängig von verwaltungspolitischen Grenzen, auswirken.

Zahlreiche Berührungspunkte bestehen bekanntermaßen zur Aufgabe der Integration von Einwohnern mit Migrationshintergrund. Die Zuwanderung ist nicht nur selbst ein Aspekt der demographischen Veränderungen. Es besteht auch die Hoffnung, dass die Zuwanderung vor allem jüngerer Migranten in Zukunft zur Milderung der Folgen beitragen kann.

Umgang mit dem demographischen Wandel - eine Querschnittsaufgabe



Das Amt für Statistik als die für demographische Fragen zentral zuständige Stelle ist Mitglied der AG Integration und ist bereits bei der Erarbeitung des Rahmenkonzepts zur Integrationspolitik der Landeshauptstadt einbezogen gewesen. Seit der Schaffung einer Koordinationsstelle für Integration besteht ein regelmäßiger Daten- und Informationsaustausch.

4.

Bereits seit 2006 besteht ein informeller "Arbeitskreis Demographie" unter Beteiligung von Fachleuten der Dezernate, der auch für Vertreter der Eigenbetriebe bzw. Städtischen Gesellschaften sowie der Fraktionen offen ist. Mitglied ist auch der städtische Seniorenbeauftragte; die Verbindung zum Magdeburger Umland wird durch die regelmäßige Teilnahme des Geschäftsführers der Regionalen Planungsgemeinschaft hergestellt.

Im Rahmen dieses Arbeitskreises soll auch künftig ein regelmäßiger Informationsaustausch zu demographischen Fragen der Stadt und Region Magdeburg stattfinden. Damit soll erreicht werden, dass die Voraussetzungen für demographierelevante Planungen schon in der Frühphase allen Beteiligten in gleicher Weise bekannt sind. Ebenso sollen durch diesen Arbeitskreis größere Veranstaltungen zum Thema initiiert und vorbereitet werden.

Auf diese Weise wird der mit der Auftaktveranstaltung im November 2006 begonnene Diskussionsprozess über die Auswirkungen des demographischen Wandels auf Magdeburg und seine Region durch weitere Veranstaltungen in loser Folge fortgesetzt, auch unter Einbeziehung von Verantwortungsträgern aus dem Magdeburger Umland. Ebenso werden bestehende andere Gremien (z.B. die regelmäßig tagende Stadtumbaukonferenz) genutzt, um demographische Fragestellungen zu thematisieren. Damit soll erreicht werden, dass das Bewusstsein für die umfassende Wirksamkeit der demographischen Veränderungen auch in der Öffentlichkeit gestärkt wird.

5.

Unbestritten ist der Umstand, dass das Thema "Demographischer Wandel" zu einem Dauerthema geworden ist, das nicht kampagneartig abgearbeitet werden kann. Dazu gehört, das Thema in seinen verschiedensten Aspekten im Bewusstsein der Politik, der Verwaltung und nicht zuletzt der Bürgerinnen und Bürger ständig aktuell zu halten. Hierfür ist parallel zu den regelmäßigen statistischen Veröffentlichungen der Landeshauptstadt eine in loser Folge etwa zweimal jährlich erscheinende Beilage "Notizen zur Demographie" ins Leben gerufen worden. Diese als Sonderdruck zum Statistischen Monatsbericht erscheinende Veröffentlichung vereint Texte verschiedener Ursprünge zum Themenkreis Demographie und richtet sich vor allem an den interessierten Nichtfachmann. Nachdrucke aus fremden, weniger bekannten Quellen sollen geeignete Fachartikel einem breiteren Interessentenkreis in der Stadt zugänglich machen.

Anlagen:

Anlage 1 – Dienstanweisung 12/02

Anlage 2 – Hinweise zur Umsetzung der DA 12/02

Anlage 3 – Bericht zur demographischen Situation 2007